

Sozialdemokratische Fraktion

in der Gemeindevertretung Neuwittenbek

Antrag an die Gemeindevertretung Neuwittenbek

Bezugnehmend auf die Stellungnahme des Kreises zu den Fracking-Förderplänen im Bereich Eckernförde stellt die SPD-Fraktion der Neuwittenbeker Gemeindevertretung folgenden Antrag zur Beschlussfassung:

1. Die Gemeindevertretung Neuwittenbeks lehnt die aktuellen Frackingförderpläne im Raum Eckernförde ab. Damit folgt sie dem Votum des Umwelt- und Bauausschusses des Kreises Rendsburg-Eckernförde.
2. Darüber hinaus lehnt die Gemeinde Neuwittenbek generell alle weiteren Frackingfördermethoden ab.

Begründung:

Beim zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld wurde ein Antrag auf Frackingförderung für ein Förderfeld im Bereich Eckernförde gestellt.

Der Bau- und Umweltausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde sprach sich Ende August gegen die Förderpläne und für eine Änderung des überholten Bundesgesetzes aus.

Die Gemeindevertretung Neuwittenbeks schließt sich diesem Votum an, da die Risiken für Mensch, Tier, Umwelt und insbesondere unser Trinkwasser offensichtlich sind und bisher nicht ausgeräumt werden können

Das geltende Bergrecht aus den 30er Jahren regelt die Fracking-Fördermethoden. Die Mitglieder des Kreisausschusses sollten parteiübergreifend die Bundestagsabgeordneten auffordern, dieses Gesetz zu modernisieren.

Die Gemeinde Neuwittenbek unterstützt die Bundesratsinitiative der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig – Holstein zur Änderung des Bergrechts, die u.a. eine Beteiligung betroffener Kommunen am Genehmigungsverfahren vorsieht.

Mit freundlichen Grüßen

Wilfried Johst

Warleberg, der 28.09.2014

Fraktionsvorsitzender